



HESSISCHER
LANDTAG

Gedenken

**an die Opfer der Terroranschläge
vom 7. Januar 2015 in Paris**

am 3. Februar 2015, 14:00 Uhr,

im Hessischen Landtag

Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete des Hessischen Landtags, verehrte Mitglieder der Hessischen Landesregierung, sehr geehrte Gäste! Ich begrüße Sie aus besonderem Anlass im Hessischen Landtag.

Wir stehen seit Anfang Januar unter dem Einfluss eines schrecklichen Ereignisses, das sich in Paris ereignet hat. Der mörderische Anschlag auf die Redaktionskonferenz der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ hat viele Menschenleben gekostet. Journalisten und Polizisten wurden Opfer einer brutalen Tat von Terroristen, die in ihrer Verirrung glaubten, im Namen ihres Glaubens zu handeln.

Wir befinden uns seit diesem Attentat in einer intensiven und noch intensiveren Debatte, auch in unserem Land, über Freiheit und Demokratie und damit unvereinbare Handlungsweisen und Denkrichtungen wie Antisemitismus, religiöse Diffamierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Hessische Landtag hat in der gesamten Breite unseres demokratischen Spektrums bezüglich seiner klaren Haltung gegen jedweden Fundamentalismus gleich welcher Art eine lange und eine der Toleranz, der Liberalität und der Weltoffenheit verpflichtete Tradition.

Heute habe ich Sie zu einer Stunde des Nachdenkens, der Besinnung, des Bekenntnisses zu den Werten der Demokratie und zum Prinzip der Toleranz in einer freiheitlichen Gesellschaft eingeladen.

Hierzu begrüße ich insbesondere den Präsidenten des Bundesrates und Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier sowie den Präsidenten des Hessischen Staatsgerichtshofes Dr. Günter Paul und damit die Repräsentanten der neben dem Landtag bestehenden Verfassungsorgane unseres Landes und eines Verfassungsorgans des Bundes.

Mein besonderer Gruß gilt der Repräsentantin der Republik Frankreich hier in Hessen, Frau Generalkonsulin Laszlo. Exzellenz, ich bedanke mich ganz herzlich, dass Sie dieser Gedenkstunde beiwohnen. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesen Tagen werden in der von mir beschriebenen Debatte natürlich sehr intensiv auch die Stellung des Islams in unserer Gesellschaft und das Miteinander verschiedener Religionen thematisiert, und es zeigen sich Verirrungen und Verwerfungen, denen entgegenzutreten demokratische Pflicht ist. Wir wollen dazu Meinungen hören, die uns von Persönlichkeiten dargelegt werden, die nicht unmittelbar aus der Politik kommen.

Ich bin stolz und dankbar, dass wir hierfür Herrn Prof. Dr. Agai gewinnen konnten, der Professor für Kultur und Gesellschaft des Islams an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt ist. Lieber Herr Prof. Agai, ich begrüße Sie herzlich im Hessischen Landtag. Seien Sie herzlich willkommen, und vielen Dank, dass Sie bereit waren, zu uns zu sprechen.

(Beifall)

Ich darf Ihnen nun das Wort erteilen. Bitte schön.

Prof. Dr. Bekim Agai:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kartmann, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier, sehr geehrter Herr Dr. Paul, sehr geehrte Frau Generalkonsulin Laszlo, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Gäste! Zunächst einmal vielen Dank für die Möglichkeit, heute vor Ihnen einige meiner Überlegungen vorstellen zu können, die von den Ereignissen und Diskussionen der letzten Wochen getragen sind und sich in länger andauernde Überlegungen einreihen.

Es sind Gedanken, die sich an konkreten Begebenheiten festmachen, die zunächst bei uns Betroffenheit und Sprachlosigkeit ausgelöst haben. Diesen Zustand jedoch gilt es, bei allem Verständnis für diese ersten Reaktionen, zu überwinden, will man den Blick vom unwiderruflich Geschehenen in die gestaltbare Zukunft lenken.

Als Leiter des Instituts für Studien der Kultur und Religion des Islam der Goethe-Universität, des Instituts also, das die tragende Säule der sich im Aufbau befindlichen islamisch-theologischen Studien in Hessen ist, kann ich sagen, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich von den Nachrichten aus Paris auf mehreren Ebenen getroffen wurden:

- als Menschen in unserem Menschsein,
- als Bürger in unserer Zugehörigkeit zu einer offenen Gesellschaft, deren Zukunft wir täglich mitgestalten,
- und als Muslime, da hier der Name einer Religion missbraucht wurde, die für uns und viele andere Menschen produktiver Inspirationsquell für den Aufbau und die Gestaltung eines gemeinsamen, auf Offenheit, Freiheit und Verantwortung für die Allgemeinheit fußenden Lebens in Deutschland ist.

Die Morde von Paris erfüllen uns mit Trauer, Wut und Empörung. Angehörigen und Freunden der Opfer möchten wir unser tiefstes Mitgefühl aussprechen.

Die Gewaltakte von Paris sind in mehrfacher Hinsicht Angriffe auf die Menschlichkeit, auf die Freiheit, auf die offenen und pluralen Gesellschaften Europas, in denen Millionen Menschen islamischen Glaubens ihren Platz gefunden haben. Sie sind für uns auch Angriffe auf den Islam und seine Werte, auf die europäischen wie auch die weltweiten Gemeinschaften der Muslime. Die Attentäter von Paris schändeten durch ihre menschenfeindliche Gewalt die islamische Religion, und sie arbeiteten gleichzeitig in die Hände derjenigen Islamgegner, die gegen die Präsenz von Muslimen in Europa mobilisieren.

Dass dasselbe geistige Gift einer religiös unterfütterten Menschenverachtung, das in Frankreich getötet hat, an denselben Tagen im Irak, in Syrien, in Nigeria und im Jemen Tausende von Menschen, die meisten von ihnen Muslime, tötete, zeigt eines ganz klar: Entmenschlichung richtet sich immer gegen alle Menschen, sie kennt kein Richtig und Falsch, macht vor niemandem halt, und wir müssen uns alle ihr entgegenstellen.

(Lebhafter Beifall)

Die Ursachen des Terrors sind vielfältig, und der Komplexität seiner Entstehungszusammenhänge lässt sich nicht allein mit theologischen und allgemein religiösen Gegenpositionen begegnen. Gleichwohl kann eine innerislamische Auseinandersetzung den Gräueltaten den Nimbus der selbst proklamierten Legitimität absprechen. Als Muslime und als Wissenschaftler, die sich täglich mit dem Aufbau und der Pflege einer wissen-

schaftlichen Erschließung der religiösen Traditionen in und für Deutschland beschäftigen, wissen wir, dass es mit einer bloßen Distanzierung von Gewalttaten und den sie legitimierenden Ideologien nicht getan ist.

Die direkte Betroffenheit, die schnell in Distanzierungen ausgedrückt werden kann, hat etwas Paralyisierendes, da sie gebannt auf das bereits geschehene Unglück blicken lässt. Doch ist es unsere Aufgabe, den Blick nach vorne zu richten, Zusammenhänge zu analysieren und damit unserer Verantwortung für die Gestaltung dieser Gesellschaft nachzukommen, die unser aller Gesellschaft ist und die nicht nur die Mörder von Paris, sondern auch andere Kräfte zu gerne in ein „wir und die anderen“ unterteilen wollen. Eine solche Unterteilung, die sich von der auch in unserem Grundgesetz ausgedrückten Universalität von Werten wie Menschenwürde und Religionsfreiheit löst, nimmt uns alle in Verantwortung, die wir Zukunft gestalten. In einer auf wechselseitigen Austausch angewiesenen Welt, in einem grenzfreien Europa, in einem offenen Deutschland tragen wir alle gemeinsam die Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft.

Verantwortung übernehmen heißt aber, Fragen zu stellen und nach Antworten zu suchen, die uns helfen, die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Die freie Gesellschaft lebt so lange, wie wir sie mit Leben füllen. Dies ist vielen Menschen klar geworden, die im Anschluss an die Ereignisse von Paris auf die Straßen gingen und sich dabei in einer Gemeinschaft mit Menschen aus anderen ethnischen oder religiösen Gruppen, anderen Parteien oder mit anderen Weltanschauungen vereint fanden. Die Meinungs- und Religionsfreiheit steht nicht umsonst im Grundgesetz und ist Ausdruck der auf historischen Erfahrungen basierenden Erkenntnis, dass wir in vielen Fragen wohl nicht einer Meinung sein werden, dass diese Pluralität aber dem Wohl der ganzen Gesellschaft und damit auch uns selbst dient.

In der Vermittlung von Eindeutigkeit in einer ersichtlich komplexen Welt der Vieldeutigkeit liegt eine gewisse Attraktivität, die sich an den Rändern nicht nur der muslimischen Gemeinschaften manifestiert. Historische Erfahrungen nicht nur in Europa haben gezeigt, dass weniger Freiheit, die Beschneidung von Freiheiten und Grundrechten der Bürger also, desaströse Folgen haben, ebenso wie Denkschemata, die eine Unterteilung in „wir und die anderen“ produzieren. Freiheitsmangel hat sich nur allzu oft an dem jeweils vorhandenen bzw. konstruierten „anderen“ entladen. Die Gesellschaftsentwürfe der Eindeutigkeit haben nie Segen gebracht.

Auch Muslime teilen diese Erfahrungen mit Regimen der Eindeutigkeit. Ob von Muslimen oder gegen Muslime errichtet, waren sie für viele auch ein Grund dafür, nach Deutschland zu kommen. Ein freiheitliches Europa mit demokratischen Gesellschaften und rechtsstaatlichen Ordnungen ist daher von existenzieller Bedeutung für die Gegenwart und die Zukunft der muslimischen Bürger, ebenso wie für alle anderen Bürger Europas. Ein solches Europa sollte daher ihr primäres gemeinsames Interesse sein. Hierfür gilt es Verantwortung zu übernehmen.

Daher ist der Ausruf „Nicht im meinem Namen!“, den Muslime in ganz Europa bei Demonstrationen als eine erste Antwort auf den Versuch der Kaperung des Islams der vielen durch Einzelne vor sich hertrugen, ein überaus wichtiges Statement. Die Demonstrationen und zahlreiche Stellungnahmen zeigen, dass sich Muslime mit anderen für die gemeinsamen Werte der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sowie für ein friedvolles, wertepurales, tolerantes Miteinander in Deutschland und in Europa einsetzen.

(Beifall)

Doch das tun sie – leider häufig unbemerkt – bereits seit Langem, im Alltag ebenso wie in ihrem sozialen und politischen Engagement. Hier agieren sie als Bürger. Es gilt daher, die Wahrnehmungssensoren für diesen produktiven gesellschaftlichen Einsatz von Menschen, die – neben vielem – auch Muslime sind, in Deutschland und in Europa zu schärfen.

„Die Muslime“ gibt es dabei ebenso wenig als homogenen Block wie es „die Deutschen“ gibt. Die Religion des Islams in seinen verschiedenen Varianten ist dabei nur ein Teil einer sehr viel mehr umfassenderen Identität dieser Menschen. Menschen, die auch Muslime sind, sind auch Eltern, Schülerinnen und Schüler, Studierende, sind Ärztinnen und Ärzte oder Busfahrerinnen und Busfahrer, arbeiten bei der Polizei oder den Kommunen, sind Arbeitskollegen, sind Nachbarinnen, sind Fans von Eintracht Frankfurt oder spielen in der Nationalmannschaft, engagieren sich innerhalb der LINKEN, der GRÜNEN, der FDP, der SPD und CDU. Sie haben ihre Hoffnungen und Träume in Deutschland, weil sie hierhin gehören, weil sie Deutsche sind, weil auch sie „das Volk“ sind, weil ihre Kinder hier geboren werden, weil sie hier begraben werden wollen.

(Beifall)

Es scheint, dass insbesondere dort, wo es wenige Kontakte zu denjenigen Deutschen gibt, die auch Muslime sind, die Idee von „dem Muslim an sich“, vor dem das Abendland bangen muss, besonders attraktiv ist. Es gilt jedoch, das Leben und Engagement in dieser Gesellschaft als ein Statement für diese Gesellschaft und als ein Bekenntnis zu ihr ernst zu nehmen. Die lautstark Pöbelnden dürfen weder die Deutungshoheit über den Islam bekommen noch darüber, wofür Deutschland im In- und Ausland steht.

(Beifall)

Interessant ist, dass sich hier und dort ähnliche Argumente finden und suggeriert wird, man müsse sich entweder für den Islam oder für Deutschland und Europa entscheiden – ein ausgemachter Unsinn, da jeder Mensch verschiedene Zugehörigkeiten in sich trägt, die mal nebeneinander und mal miteinander bestehen.

Die lautstark Pöbelnden beider Lager wollen uns glauben machen, dass Menschen islamischen Glaubens auf einen unwandelbaren Islam zu reduzieren seien, dass sie durch eine einzige Lesart der Religion zu definieren seien und nicht durch ihre Lebensumstände. Sie sprechen von einem essentialistischen „Muslimsein an sich“. Gespeist werden diese Ansichten aus dem Glauben an die Existenz einer uniformen Schrifttradition, die wörtlich genommen für alle Zeiten in einer einzigen Interpretation feststeht.

Lassen Sie mich dies an einem Beispiel aus eigener Erfahrung verdeutlichen: Auf ein Interview, in welchem ich jüngst den meiner Ansicht nach selbstverständlichen Satz sagte: „Ein weltoffener Islam ist möglich“, bekam ich diverse E-Mails von Fundamentalisten, die mir vorwarfen, den Koran nicht zu kennen. Entsprechend wurde ich mit Koranversen und jahrhundertealten Auslegungen des Korans bombardiert. Die Grenzen meines Horizonts wurden durch die Aussagen und Ereignisse definiert, die fern meiner Heimat und fern meiner Zeit liegen.

Die Absender waren jedoch keine Muslime, sondern Menschen, die meinten, mit dem Verweis auf drei Koranstellen ein für alle Mal den Koran und damit „die Muslime“ – und damit auch mich – endgültig verstanden zu haben. Der Muslim ist hiernach kein soziales Wesen mit all seinen Komplexitäten und Wandlungspotenzial, sondern ein „homo islamicus“ – derselbe, den auch randständige islamistische Gruppen entwerfen. Doch

beide fundamentalistischen Lager liegen falsch, und das wird jedem, der sich mit islamischer Religion und Geschichte beschäftigt, wie wir dies auch an der Universität Frankfurt tun, klar sein. Bibliotheken sind mit Auslegungen gefüllt, und jede Zeit stellt neue Fragen an die Tradition. Ebenso fallen die Antworten auf alte Fragen in neuen Zeiten unterschiedlich aus.

Gerade als muslimische Forschende und Lehrende der Theologie, Geschichte und Sozialforschung an den Universitäten Hessens und darüber hinaus sind wir im Moment mehr als andere aufgefordert, menschenverachtende Argumentationen in den ideologisierten Deutungen und Lesarten der islamischen Religion als existent wahrzunehmen, die Ursachen und Formen ihrer Entstehung zu begreifen, die Bezüge auf die islamischen Lehren darin aufzudecken und vor allem islamische Antworten darauf zu geben.

(Beifall)

Auch müssen wir als Wissenschaftler den Blick vom Religiösen zum Sozialen und Politischen heben; denn nur in dieser Verbindung gewinnen Ideen Gestalt und Attraktivität. Gleichzeitig müssen wir auch vor den Gefahren einer gesellschaftlichen Polarisierung warnen, derer sich Kräfte bedienen, die sich ein Feindbild Islam als einenden Orientierungspunkt schaffen, weil sie selbst nicht wissen, wo und wofür sie stehen.

(Lebhafter Beifall)

Bürger muslimischen Glaubens, nicht nur in Deutschland und nicht nur theologisch arbeitende, müssen sich der Aufgabe stellen, sich stärker mit den ideologisierten und Gewalt legitimierenden Erscheinungsformen des Islams auseinanderzusetzen. Aus einer freien Gesellschaft heraus sollten sie sich hörbarer in die Debatten um Freiheit und die Rechte anderer einbringen. Freiheit – das geht manchmal in den Debatten dieser Tage in Deutschland insgesamt verloren – zeigt sich dort, wo eigene Argumente und Überzeugungen in Austausch treten mit solchen, die im Widerspruch zu den eigenen Überzeugungen stehen. Der Islam hat auch in dieser Hinsicht eine reiche historische Tradition zu bieten, der sich die Muslime insgesamt bewusst werden sollten und die sie im Jetzt und Hier weiterentwickeln müssen.

Gleichzeitig muß uns allen klar sein, dass Religion weder Probleme alleine löst noch diese alleine schafft. Radikalisierung, und das zeigen die Studien in Hessen, ist meistens gekoppelt an Marginalisierung. Ein Schulabschluss, eine Lehrstelle, ein Beruf, Anerkennung und Teilhabe sind die wichtigsten Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung.

(Lebhafter Beifall)

Anerkennung und Teilhabe sind dabei wechselseitig. Wer sich selbst einbringen will, muss auch die Möglichkeit dazu bekommen. Man kann sich nicht zu einer Gemeinschaft, einer Gesellschaft oder einem Staat zugehörig fühlen, wenn man nicht als dazugehörig anerkannt wird und das Gefühl der Zugehörigkeit auch vermittelt bekommt. Wenn die eigene Religion im Geschichtsunterricht nur im Kontext von außereuropäischer und damit „fremder“ Geschichte auftaucht und nicht Teil eines normalen deutschen schulischen Alltags ist, wenn Migrantinnen und Migranten der dritten und vierten Generation, deren Heimat Hessen ist und deren Pass deutsch, als „fremd“ wahrgenommen und dargestellt werden, wie sollen sie dann Zugehörigkeit dort empfinden, wo sie diese nicht erfahren?

(Beifall)

Wenn deutsche Abiturientinnen und Abiturienten mit einem vermeintlich nicht deutschen Namen aufgrund dieser Tatsache in Bewerbungsverfahren nach hinten rutschen, wenn eine persönliche religiöse Präferenz wie das Kopftuch aus hoch motivierten Universitätsabsolventinnen, die sich für diese Gesellschaft z. B. an den Schulen einbringen wollen, unhinterfragt Menschen macht, die nicht für diese Gesellschaft stehen können, dann liegt hierin eine Gefahr. Wenn nun dieselben Studentinnen und Absolventinnen mit Kopftuch für diesen Staat an den Schulen, an denen sie nicht Lehrerinnen sein dürfen, in Initiativen Präventions- und Aufklärungsarbeit gegen Radikalisierung und für Toleranz und Vielfalt in Deutschland machen sollen und es auch zum Wohle von uns allen machen, dann liegt hierin eine gewisse Paradoxie.

(Beifall)

Ächtung und Bekämpfung von jeder Art von Extremismus und Fanatismus sind eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die nicht dadurch bewältigt werden kann, dass man auf vermeintliche Defizite des jeweils anderen verweist. In der aktuellen Krise hat sich gezeigt, dass hierüber ein Konsens besteht. Diesen gilt es selbstverständlich nach außen sichtbar zu machen.

Hessen ist nicht nur ein Land in der Mitte Deutschlands und Europas, das seit Jahrhunderten immer wieder erneut Heimat von Menschen verschiedener Herkunft geworden ist, die es bis heute gemeinsam gestaltet. Derzeit liegt in Hessen der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei etwa einem Viertel, in der jüngeren Generation weit höher; die Mehrzahl hiervon sind Deutsche, viele muslimischen Glaubens. Unterteilungen in „sie“ und „wir“ sind vor diesem Hintergrund nicht in die Zukunft gerichtet.

(Beifall)

Diese Zukunft lässt sich nämlich nur gemeinsam, als ein großgeschriebenes „Wir“, gestalten.

Insbesondere in Bezug auf die Geschichte des Islams in Deutschland hat Hessen einiges vorzuweisen. Nicht nur ist es Heimat vieler Vereine und Organisationen; in Hessen gibt es einen sich im Ausbau befindlichen, staatlich finanzierten islamischen Religionsunterricht. In Gießen werden Religionslehrer für die Primarstufe ausgebildet, in Frankfurt demnächst Lehrer für die weiterführenden Schulen. Die beiden anerkannten islamischen Religionsgemeinschaften Hessens, die DITIB Hessen und die Ahmadiyya Muslim Jamaat, sitzen an den Tischen, an denen unter anderem die Lehrpläne für einen islamischen Religionsunterricht auf Deutsch konzipiert werden. Sie und andere Vereine, Verbände und Initiativen stehen dem Land und seinen Institutionen in verschiedenen Gremien zur Verfügung. Sie sind aktiv in die Gestaltung der Zukunft eingebunden und werden in die Pflicht genommen. Sie sind damit ein selbstverständlicher und verantwortungstragender Teil Hessens.

(Beifall)

Ein großer Schritt war die Integration des Islams auch in die universitäre Landschaft Hessens. Das Land kann stolz darauf sein, dass 2011 ein Zentrum für islamisch-theologische Studien an den Universitäten Frankfurt und Gießen errichtet wurde, das sich innerhalb kürzester Zeit zu einem wissenschaftlichen Standort von deutschlandweiter und internationaler Bedeutung entwickelt hat. Hier werden islamische Wissensbestände in einem und für einen deutschen Kontext wissenschaftlich erforscht und weiterentwickelt für das Land, aus dem unsere 400 Studierenden kommen: Deutschland. Ich lade die Land-

tagsmitglieder hiermit herzlich ein, sich von unserer Arbeit und von den Studierenden persönlich vor Ort ein Bild zu machen.

Die Studierenden werden hier mit den Kompetenzen ausgestattet, sich islamische Wissensbestände anzueignen, diese zu durchdenken und Verantwortung für ihre Gesellschaft zu übernehmen. Letzteres tun sie nicht nur in freiwilliger ehrenamtlicher Arbeit, sondern auch durch die Partizipation an den Angeboten des Instituts, die sich im Aufbau befinden – so etwa ein durch Bund und Land gefördertes Projekt „Die Zukunft miteinander gestalten: Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt!“

Das Interesse hierfür und z. B. für die Felder „Islam und soziale Arbeit“ und „Islam und Jugendarbeit“, „Wohlfahrt“ etc. ist riesig. Und die Studierenden warten auf ihre Chance zur Bewährung in dieser Gesellschaft.

Lassen Sie mich zum Ende meines Redebeitrags noch einmal zum Ausgangspunkt zurückkehren. Die letzten Wochen haben neben einer unmittelbaren Betroffenheit auch Prozesse des Nachdenkens angestoßen, die ich Ihnen vorgestellt habe. Diese Überlegungen haben zu einem Weiterdenken über das Gemeinsame geführt, das in der Normalität des Alltags oft aus dem Blick gerät.

Muslime müssen selbst Verantwortung dafür übernehmen, dass sie sich die Deutungshoheit über den Islam nicht von denjenigen aus der Hand nehmen lassen, welche die Religion zur Rechtfertigung von Intoleranz und Gewalt missbrauchen.

(Beifall)

Dies kann aber nur in einer Gesellschaft gelingen, die selbst Werte wie Offenheit und Toleranz nicht nur predigt, sondern lebt und die sich bewusst ist, dass wir hier alle nicht nur gemeinsam leben, sondern auch täglich neu unsere gemeinsame Zukunft gestalten. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags:

Sehr geehrter Herr Prof. Agai, im Namen des Auditoriums und persönlich danke ich Ihnen aufrichtig für Ihre Rede. Sie wird unser Denken und Handeln sicher beeinflussen und positiv bereichern. Mit Sicherheit werden viele von uns, sofern sie die Zeit finden, Ihre Einladung annehmen. Auch dafür herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, die Klarheit des Wortes und der Mut zum Bekenntnis zu Toleranz und Demokratie sind die besten Waffen gegen Intoleranz und Fundamentalismus. Ich hatte bereits in meiner Begrüßung Bezug genommen auf das schlimme Verbrechen, das wir am 7. Januar in Paris erleben und mitverfolgen mussten. Dieser Mordanschlag wurde weltweit zu Recht als Anschlag gegen Demokratie und Pressefreiheit verurteilt, natürlich auch von den Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland und unseres Bundeslandes.

Es sind dies Augenblicke, die trotz ihrer Grausamkeit dazu führen, in gemeinsamer Trauer und nachbarschaftlicher und europäischer Solidarität zusammenzukommen. Frankreich und Deutschland stehen sich noch näher als ohnehin.

Meine Damen und Herren, wir Hessen, die wir zudem eine enge und freundschaftliche Partnerschaft mit der Region Aquitaine leben und wo es viele lebendige und enge Partnerschaften von Städten und Gemeinden mit französischen Kommunen gibt, sind Teil dieser Solidarität.

Wir bekunden unsere Anteilnahme mit den Opfern und deren Angehörigen. Und wir bekunden unser Mitgefühl mit Frankreich und dem französischen Volk, welches angesichts dieser Freveltat die Unfassbarkeit dieses Vorgangs verstehen und verarbeiten muss.

Wir bekennen uns angesichts dieses Attentats eindeutig und unmissverständlich zu den gemeinsamen Werten, auf denen unsere Demokratien aufgebaut sind, zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen, zu Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und zu Toleranz.

Sehr geehrte Frau Generalkonsulin Laszlo, nehmen Sie diese Bekundung und dieses Bekenntnis mit als Zeichen unseres Mitgefühls und als Zeichen unserer Freundschaft mit Frankreich.

Sie, meine Damen und Herren, darf ich nun bitten, sich zu einem stillen Gedenken von Ihren Plätzen zu erheben.

(Gedenkminute)

– Ich bedanke mich herzlich, dass Sie sich zum Gedenken an die Opfer des Attentats von Paris erhoben haben.

Meine Damen und Herren, Ihnen allen danke ich, dass Sie zu dieser Feierstunde gekommen sind, bedanke mich noch einmal bei Herrn Prof. Agai, beim Ministerpräsidenten, beim Staatsgerichtshofpräsidenten und bei Frau Generalkonsulin Laszlo ganz besonders herzlich.

Die Feierstunde ist geschlossen.

(Allgemeiner Beifall)